

N i e d e r s c h r i f t

**der 7. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 17.02.2010**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:10 Uhr bis 18:32 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	anwesend bis 18:43 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	anwesend bis 17:43 Uhr
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	anwesend ab 17:43 Uhr in Vertretung für Herrn Bönisch
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	anwesend bis 18:06 Uhr
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	in Vertretung für Herrn Wehrich
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister	
Herr Egbert Geier	BG	
Herr Dr. Bernd Wiegand	BG	

Entschuldigt fehlen:

Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter

Gäste:

Herr Gert Hildebrand	Verw
Herr Falko Wendler	Verw
Herr Waldemar Vogt	Verw
Frau Jana Kirsch	Quartiersmanagement Halle-Neustadt

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 7. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte darüber, dass die Herren Beigeordneten Kogge und Neumann aus terminlichen Gründen an der heutigen Hauptausschusssitzung nicht teilnehmen können.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 5.2 Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2009/08433
in den Fachausschüssen vertagt/zurückgestellt
- TOP 5.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)“ (Vorlagen-Nummer: V/2009/08433)
Vorlage: V/2009/08518
in den Fachausschüssen vertagt/zurückgestellt
- TOP 5.3 Institutionelle Förderung des Künstlerhaus 188 e.V. zum Betreiben des Künstlerhauses 188 von 2010 und 2011 mit der Option für 2012
Vorlage: V/2009/08372
gleiche Voten in den Fachausschüssen

Weiterhin gab **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bekannt, dass der TOP 5.4

Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes "Soziale Stadt" Halle-Neustadt
Vorlage: V/2009/08378

auf der Tagesordnung verbleibe. Hier habe es in den entsprechenden Fachausschüssen unterschiedliche Diskussionen und Änderungsanträge gegeben. Die Änderungsanträge wurden durch die Verwaltung übernommen und werden in der heutigen Sitzung noch einmal erläutert.

Darüber hinaus informierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass den Hauptausschussmitgliedern eine Mitteilung zur weiteren Verfahrensweise mit dem Antrag von Herrn Schachtschneider zur Aufhebung des Beschlusses „Außerdienststellung des Friedhofes Halle-Neustadt“ vorliege.

Des Weiteren werde sie entsprechend der Anfrage von Herrn Wolter in der letzten Hauptausschusssitzung am 20.01.2010 zu den Rechten an Luftaufnahmen berichten sowie über das Teilentschuldungsprogramm STARK II informieren.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte, weshalb der TOP 5.1

Fortschreibung zur Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2010/11
Vorlage: V/2009/08549

behandelt werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass es unterschiedliche Abstimmungen in den Fachausschüssen gab. Im Bildungsausschuss sei Beschlusspunkt 3 ergänzt worden. Im Jugendhilfeausschuss seien zum Beschlusspunkt 4 ebenfalls Änderungen beschlossen worden. Diese Änderungen wurden seitens der Verwaltung in die Vorlage eingearbeitet. Somit gebe es zwar keine unterschiedlichen Voten, jedoch wurden seitens der Fachausschüsse jeweils andere Fassungen der Vorlage beschlossen. Daher habe man sich entschlossen, die vollständig aktualisierte Vorlage mit allen Änderungen noch einmal durch den Hauptausschuss beschließen zu lassen.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.01.2010
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1 Fortschreibung zur Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2010/11
Vorlage: V/2009/08549

- 5.2 *Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2009/08433 *abgesetzt*
- 5.2.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)“ (Vorlagen-Nummer: V/2009/08433)*
Vorlage: V/2009/08518 *abgesetzt*
- 5.3 *Institutionelle Förderung des Künstlerhaus 188 e.V. zum Betreiben des Künstlerhauses 188 von 2010 und 2011 mit der Option für 2012*
Vorlage: V/2009/08372 *abgesetzt*
- 5.4. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes "Soziale Stadt" Halle-Neustadt
Vorlage: V/2009/08378
- 5.5. Wahl des Kreisjägermeisters und der Mitglieder des Jagdbeirates der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2009/08515
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) gegen militärische Nutzung ziviler Infrastrukturen
Vorlage: V/2009/08488
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II
- 8.2. Information zur weiteren Verfahrensweise mit dem Antrag zur Aufhebung des Beschlusses „Außerdienststellung Friedhof Halle-Neustadt
- 8.3. Mitteilung zum kommunalen Teilentschuldungsprogramm STARK II
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.01.2010

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die öffentliche Niederschrift der Sitzung vom 20.01.2010.

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Es lagen keine nicht öffentlichen Beschlüsse vor.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Fortschreibung zur Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2010/11 Vorlage: V/2009/08549**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte darüber, dass den Hauptausschussmitgliedern hierzu ein Austauschblatt vorliege und erklärte die Änderungen, die aus den Sitzungen des Bildungsausschusses und des Jugendhilfeausschusses resultieren.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich **Frau Dr. Bergner, Herr Kley, Herr Bö-nisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Lange, Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sowie **Herr Hildebrand,**.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, gab bekannt, dass sie der Änderung auf Seite 3:

„Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung bei Standortentscheidungen im Rahmen der Erörterung der Schulentwicklungspläne gegenüber dem Landesverwaltungsamt schulfachliche Kriterien wie ... neben den rechtlichen Belangen des Schulträgers mit zu erörtern.“

nicht zustimmen könne. Dies sei bereits in den letzten Jahren so praktiziert worden. Die neu aufgenommene Formulierung lese sich, als hätte man dies bei den vergangenen Fortschreibungen versäumt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erläuterte die Sichtweise der Verwaltung. Einerseits wolle der Stadtrat Selbstverständlichkeiten als Beschluss aufgeführt haben und andererseits wiederum nicht. Sie brachte zum Ausdruck, dass sie der Änderung zustimmen könne, da diese die Intention des Stadtrates unterstütze.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados schlug aufgrund der Anmerkung von Frau Dr. Bergner vor, das Wort „weiterhin“ einzufügen, so dass sich folgender Beschlussvorschlag auf Seite 3 unter Punkt 4. der Vorlage ergebe:

„Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, weiterhin bei Standortentscheidungen im Rahmen der Erörterung der Schulentwicklungspläne gegenüber dem Landesverwaltungsamt schulfachliche Kriterien wie ... neben den rechtlichen Belangen des Schulträgers mit zu erörtern.“

Mit diesem Vorschlag erklärten sich die **Mitglieder des Hauptausschusses** einverstanden. Bis zur Stadtratssitzung am 24.02.2010 werden die Stadratsmitglieder diese Änderung erhalten.

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte, weshalb entsprechend der Änderung auf Seite 3 unter Punkt 4. des Beschlussvorschlages das Konzept zur Weiterentwicklung der Förderschulen erst im 3. Quartal 2010 vorgelegt werde. Entsprechend den Aussagen des Herrn Beigeordneten Kogge und Frau Oberbürgermeisterin Szabados sollte dieses spätestens im März 2010 vorliegen. Anschließend erklärte er die damit im Zusammenhang stehende Problematik. Sollte das Konzept erst im 3. Quartal vorliegen, habe dies zur Folge, dass für die Schule „Am Jägerplatz“ im nächsten Schuljahr keine Einschulungen vorgenommen werden, da erst nach Vorlage des Konzeptes mit den notwendigen Reparaturarbeiten begonnen werde.

Herr Hildebrand, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, wies darauf hin, dass der Beschlussvorschlag aus dem Jugendhilfeausschuss die reguläre Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung betreffe. Dies sei unabhängig von dem Konzept zu den Förderschulen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., machte deutlich, dass schnellstmöglich Klarheit über die Schule „Am Jägerplatz“ geschaffen werden müsse. Wenn über den Bestand eines Schulstandortes Unklarheit herrsche, werde dieser für gewöhnlich von den Eltern nicht mehr angewählt. Weiterhin spiele dies auch eine Rolle bei der Vergabe von Fördermitteln.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados schlug vor, auf Seite 3 unter Punkt 4. des Beschlussvorschlages folgenden Wortlaut einzufügen:

4. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beauftragt die Verwaltung im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2011/12 eine überarbeitete Bedarfs- und Auslastungsanalyse für folgende Schulen zu erstellen und im 3. Quartal 2010 vorzulegen.
 - Grundschulen in Halle-Neustadt ...
 - Grundschulen der Innenstadt ...
 - Die Förderschulen aller Förderschwerpunkte unter Berücksichtigung der Schülerzahlentwicklung dem prognostizierten Sanierungsbedarf, neuer pädagogischer Konzepte des Landes zu prüfen, mit der Zielstellung durch **vorrangige und zeitnahe** Standortentscheidungen optimale Nutzung der vorhandenen Raumressourcen zu treffen.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, bezog sich auf den Beschlusspunkt 3 c) zur Durchführung des Auswahlverfahrens und fragte, inwieweit dieses öffentlich stattfinde.

Herr Hildebrand, Amtsleiter Schulverwaltungsamt, erklärte, dass keine prinzipielle Regelung durch das Schulgesetz festgelegt sei, sondern die Durchführung des Auswahlverfahrens in der Verantwortung des Schulleiters liege. Durch die Beteiligung des Schulleiternrates, Stadtelternrates sowie der entsprechenden Ämter sei hier das Öffentlichkeitsprinzip gewahrt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, an den Schulen ein einheitliches Verfahren durchzuführen und fragte nach einer Möglichkeit, dies durchzusetzen.

Herr Hildebrand antwortete, dass am 22.02.2010 dazu ein Konsultationstermin im Landesverwaltungsamt stattfinde und er dies dort ansprechen werde. Über das Ergebnis des Gespräches werde er den Bildungsausschuss in seiner Sitzung am 09.03.2010 informieren.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der Vorlage.

Beschlussvorschlag:

Bezugsbeschlüsse:

- 1) *Schulentwicklungsplanung in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 vom 25.02.2009 (Beschluss-Nr. IV/2008/07382)*
- 2) *Schulentwicklungsplanung in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 Beschluss-Nr. V/2009/08287*

Beschlussvorschlag:

1. *Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt auf der Grundlage der §§ 22 Abs. 5 und 64 Abs. 1 des SchGLSA in seiner gültigen Fassung:*

1. *Schließung der Grundschule Am Rosengarten, Ottostraße 25 zum 31.07.2010*

- 1.1. *Übernahme des Schülerbestandes der ehemaligen Grundschule Am Rosengarten an die Grundschule „U. v. Hutten“, Huttenstraße 40 zum Schuljahr 2010/11*

- 1.2. *Splittung des Schulbezirkes der ehemaligen Grundschule Am Rosengarten auf die Grundschulen „U. v. Hutten“ und Auenschule beginnend ab Klassenstufe 1, Schuljahr 2010/11*

2. *Schließung der Sekundarschule „Friedrich Schiller“ zum 31.07.2011*

3. a) *Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bestätigt die im Rahmen der Schulentwicklungsplanung ab dem Schuljahr 2010/11 festgelegten Aufnahmekapazitäten für die allgemeinen kommunalen Gymnasien und Gesamtschulen.*

<i>Giebichenstein-Gymnasium „Thomas Müntzer“</i>	<i>4 Klassen / 112 Schüler</i>
<i>J.-G.-Herder-Gymnasium</i>	<i>3 Klassen / 84 Schüler *</i>
<i>Gymnasium Südstadt</i>	<i>4 Klassen / 112 Schüler</i>
<i>Chr.-Wolff-Gymnasium</i>	<i>4 Klassen / 112 Schüler</i>
<i>IGS</i>	<i>5 Klassen / 140 Schüler</i>
<i>KGS „Ulrich von Hutten“ – Sekundarschulteil</i>	<i>2 Klassen / 56 Schüler</i>
<i>– Gymnasialteil</i>	<i>2 Klassen / 56 Schüler</i>
<i>KGS „Wilhelm von Humboldt“</i>	
<i>– Sekundarschulteil</i>	<i>4 Klassen / 112 Schüler</i>
<i>– Gymnasialteil</i>	<i>2 Klassen / 56 Schüler</i>

** Die Aufnahme am J.-G.-Herder-Gymnasium erfolgt alternierend. Im geraden Jahr, beginnend ab 2010/11 werden 3 Klassen und im ungeraden Jahr, beginnend ab 2011/12 werden 4 Klassen aufgenommen.*

- b) *Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt weiterhin, bei Überschreitung der Aufnahmekapazität durch die vorliegenden Anmeldungen an einem Gymnasium die Durchführung eines Auswahlverfahrens per Los.*

c) Die Oberbürgermeisterin legt als Verwaltungsvorschrift die Durchführung des Auswahlverfahrens fest.

In der Verwaltungsvorschrift zu Regeln u.a.:

aa) Aufnahme von Geschwisterkindern

bb) Zusammensetzung und Leitung der Aufnahmekommission

cc) das Verfahren zur Benachrichtigung von Erziehungsberechtigten

4. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beauftragt die Verwaltung im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2011/12 eine überarbeitete Bedarfs- und Auslastungsanalyse für folgende Schulen zu erstellen und im 3. Quartal 2010 vorzulegen.

- Grundschulen in Halle-Neustadt mit der Zielstellung der Schaffung eines bestandsfähigen Grundschulnetzes durch Optimierung der Gebäudeauslastung
- Grundschulen der Innenstadt mit der Zielstellung der Schaffung eines Grundschulnetzes mit max. vierzügigen Standorten
- Die Förderschulen aller Förderschwerpunkte unter Berücksichtigung der Schülerzahlentwicklung dem prognostizierten Sanierungsbedarf, neuer pädagogischer Konzepte des Landes zu prüfen, mit der Zielstellung durch **vorrangige und zeitnahe** Standortentscheidungen optimale Nutzung der vorhandenen Raumressourcen zu treffen.

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, weiterhin bei Standortentscheidungen im Rahmen der Erörterung der Schulentwicklungspläne gegenüber dem Landesverwaltungsamt schulfachliche Kriterien wie:

- das vorliegende pädagogische Konzept und die ggf. an den Standort gebundenen Besonderheiten
- das Klima an der Schule inklusive Berücksichtigung des sozialen Umfeldes der Schule am Standort und der sie besuchenden Schüler
- momentane personelle Voraussetzungen der Einrichtung und Folgen der angestrebten Veränderung des Standortes

neben den rechtlichen Belangen des Schulträgers mit zu erörtern.

Abstimmungsergebnis:

**mehrheitlich zugestimmt
1 Nein-Stimme**

**zu 5.4 Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes "Soziale Stadt" Halle-Neustadt
Vorlage: V/2009/08378**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass den Mitgliedern des Hauptausschusses ein neues Deckblatt der Vorlage vorliege. Sie wies darauf hin, dass die Verwaltung die Änderungsanträge aus den entsprechenden Fachausschüssen übernommen habe und erklärte diese. Demzufolge seien die Änderungsanträge erledigt.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich **Herr Wolter, Herr Bönisch, Frau Dr. Bergner, Frau Dr. Wünscher, Herr Lange, Herr Wendler, Ressortleiter Stadtplanung, Herr Kley, Frau Krausbeck, Frau Kirsch, Herr Dr. Pohlack** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., nahm Bezug auf den Cliquentreff „Schnatterinchen“. Das Gelände um den Cliquentreff sei immer noch in einem äußerst schlechten Zustand. Er brachte zum Ausdruck, dass er seit ca. 2 Jahren regelmäßig auf diesen Zustand hingewiesen habe. Die Jugendlichen des Cliquentreffs wären bereit, sich an einer Veränderung zu beteiligen. Er bat darum, dass dieser Zustand alsbald behoben werde, damit dieser Treffpunkt zu einem sozial kommunikativen Zentrum werden könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte zu, dass die Verwaltung nach einer Lösung suchen werden, um dieses Gelände schnellstmöglich herzurichten. Sie sei davon ausgegangen, dass diese Anlage bereits fertiggestellt wäre. Vielleicht könne man auch eine teilweise Umschichtung, z. B. vom Familienbegegnungszentrum „Dornröschen“ (Herrichtung der Außenanlage) vornehmen. Sie bat diejenigen, die in diesen Projekten mitarbeiten, entsprechend hinzuwirken.

Herr Kley, FDP-Fraktion, erklärte, dass er in der Vorlage den Punkt zum Projekt „Sozialkaufhaus“ nicht nachvollziehen könne. Einerseits sei das Projekt in der Fortschreibung auf Seite 2 unter Punkt 2 bei der „Nichtdurchführung von Maßnahmen aus dem bisherigen Handlungskonzept 2008“ aufgeführt und andererseits wäre es aber später in der Fortschreibung wieder aufgeführt.

Herr Wendler, Ressortleiter Stadtplanung, erklärte den grundsätzlichen Aufbau des Handlungskonzeptes. Es gebe das ursprüngliche Handlungskonzept aus dem Jahr 2008, welches mit den Maßnahmen den Handlungsrahmen bilde. Diese seien in der Anlage einschließlich des Projektes „Sozialkaufhaus“ nochmals aufgeführt, um den Rückschluss zum ursprünglichen Handlungskonzept zu haben.

Die vorliegende Vorlage befasse sich mit der Untersetzung von priorisierten Maßnahmen in Höhe von ca. 2,8 Mio. €. Diese seien alle auf Seite 4 unter Punkt 4 aufgeführt. Auf den Seiten davor wären unter 2. und 3. die Maßnahmen aufgeführt, die nicht durchgeführt werden, wie z. B. das Projekt „Sozialkaufhaus“ und durch welche sie ersetzt wurden.

Die darauffolgende Frage von Herrn Kley, ob es ein komplett aktualisiertes Handlungskonzept gebe, verneinte **Herr Wendler**. Die vorliegende Fortschreibung beinhalte lediglich Austausch- bzw. Ergänzungsblätter. Dies sei auch die übliche Verfahrensweise für die kommenden Fortschreibungen.

Daraufhin bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darum, dass zukünftig immer ein komplett überarbeitetes Handlungskonzept vorgelegt werde und nicht nur die Austausch- und Ergänzungsblätter.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte, ob in dem aktuellen Handlungskonzept das Hörgeschädigtenzentrum in der Gellertstraße berücksichtigt wurde.

Dies wurde von **Herrn Wendler** verneint.

Frau Kirsch, Quartiersmanagement Halle-Neustadt, erklärte die Entstehung des Handlungskonzeptes. Um Fördermittel erhalten zu können, musste dieses unter Akteursbeteiligung erarbeitet werden.

Daraufhin wurde mit Akteuren aus allen Bereichen, wie beispielsweise aus dem Sport-, Behinderten-, Gehörlosenbereich usw., Kontakt aufgenommen, welche Maßnahmen im Rahmen der „Sozialen Stadt Halle-Neustadt“ umgesetzt werden könnten. Einige Bereiche haben sich zurückgemeldet, die dann auch in den Maßnahmenkatalog aufgenommen wurden.

Von dem Hörgeschädigtenzentrum habe man allerdings keine Rückmeldung erhalten. Somit konnte dieses auch nicht aufgenommen werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass sich die Verantwortlichen des Hörgeschädigtenzentrums vermutlich mit dem Eigenbetrieb ZentralesGebäudeManagement verständigt haben und über eine anderweitige Fördermöglichkeit die erforderlichen Maßnahmen realisieren.

Herr Kley, FDP-Fraktion, wollte Klarheit, ob es bei der vorliegenden Vorlage ausschließlich um das Handlungskonzept ginge oder schon Baubeschlüsse damit gefasst seien.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies auf den Beschlusspunkt 2 der Vorlage. Aus diesem wäre ersichtlich, dass für die jeweiligen Einzelmaßnahmen Einzelbeschlüsse herbeizuführen seien.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte, wie mit dem entkernten Gebäude der ehemaligen Hornschule weiter verfahren werde.

Herr Wendler, Ressortleiter Stadtplanung, entgegnete, dass sich entweder eine Nutzung für dieses Gebäude finde oder über einen Abbruch nachgedacht werden müsse.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

modifizierter Beschlussvorschlag:

- 1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ Halle-Neustadt in der anliegenden Fassung für die Fortsetzung der Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ 2009 - 2013 in Halle-Neustadt, wobei die Maßnahme „Aufwertung Bestandsspielplätze Halle-Neustadt“ (Projekt nr. III.22) in die Liste der unmittelbar zu fördernden Projekte übernommen wird und die Maßnahme „Passetorfer Schlösschen“ (Projekt nr. III.5) dafür in die Liste der Ersatzmaßnahmen gesetzt wird.*
- 2. Für die jeweiligen Einzelmaßnahmen sind Einzelbeschlüsse gemäß der Hauptsatzung und der Vergabeordnung der Stadt Halle herbeizuführen.*

Abstimmungsergebnis:

zugestimmt ohne förmliche Abstimmung

zu 5.5 Wahl des Kreisjägermeisters und der Mitglieder des Jagdbeirates der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2009/08515

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fragte, ob der Kreisjägermeister und die Mitglieder des Jagdbeirates selbst entscheiden, was geschossen werde oder ob der Naturschutzbeirat darüber mitbestimme.

Herr Vogt, Ordnungsamt - Untere Jagd- und Fischereibehörde, erklärte, dass die Jäger das Jagdrecht in allen Jagdgebieten haben und selbst entscheiden, was geschossen werde. Dazu wäre die Zustimmung des Jagdbeirates erforderlich, welcher festlege, ob zu viel oder zu wenig geschossen werde. Dies sei einerseits von dem natürlichen Bestand und andererseits von den örtlichen Gegebenheiten abhängig. Eine große Rolle spiele dabei auch die Entwicklung der Wildunfallzahlen.

Insgesamt werde in der Stadt Halle zu wenig geschossen - ca. 250 Rehe im Jahr. Davon seien ca. 90 bis 100 Rehe durch Unfälle zu Tode gekommen. Die Dunkelziffer liege ungefähr um $\frac{1}{4}$ höher.

Der Jagdbeirat, so **Herr Vogt** weiter, werde auf gesetzlicher Grundlage gebildet. Ein Vertreter des Naturschutzes sei ebenfalls Mitglied des Jagdbeirates.

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte nach dem durchzuführenden Wahlverfahren in der Stadtratssitzung und bat darum, dies den Fraktionen schriftlich mitzuteilen, um Nachfragen im Stadtrat zu vermeiden.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport, erklärte das Wahlverfahren. Es werden die in der Vorlage aufgeführten Personen gewählt, d. h. der Kreisjägermeister und die Mitglieder des Jagdbeirates. Es könne auch offen gewählt werden, sofern kein Stadtratsmitglied widerspreche.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte zu, dass den Fraktionen das Verfahren schriftlich mitgeteilt werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

*Der Stadtrat wählt den Kreisjägermeister
Herrn Hubert Seibicke, Veszpremer Straße 20, 06130 Halle (Saale).*

Der Stadtrat wählt den Jagdbeirat.

- *als Vertreter der Landwirtschaft Herrn Gerd Schaaf, Goldbergstraße 32, 06118 Halle (Saale)*
- *als Vertreter der Forstwirtschaft Herrn Jan Frieß, Kattowitzer Straße 33, 06128 Halle (Saale)*
- *als Vertreter der Jagdgenossenschaften Herrn Siegfried Schubert, Salzmünder Straße 46, 06120 Halle (Saale)*
- *als Vertreter der Stadtjägerschaft Halle (Saale) Herrn Sascha Kleine, Zur Morgenröte 35, 06120 Halle (Saale)*
- *als Vertreter des Naturschutzbeauftragten der Stadt Halle (Saale) Herrn Jan Sonntag, Otto-Kanning-Straße 9, 06120 Halle (Saale)*

Abstimmungsergebnis:

zugestimmt ohne förmliche Abstimmung

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 6.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) gegen militärische Nutzung ziviler Infrastrukturen** **Vorlage: V/2009/08488**

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack fragte den Antragsteller, ob dieser den Antrag aufrechterhalten wolle. Seines Erachtens könne der Antrag zurückgezogen werden, da auf eine ähnlich lautende Anfrage der Fraktion DIE LINKE. die Verwaltung sehr ausführlich geantwortet habe, dass eine militärische Nutzung auf dem Flugplatz Oppin nicht stattfinden und auch zu keiner Zeit stattgefunden habe.

Der Flugplatz Oppin wurde lediglich zu Ausbildungszwecken von Transall-Maschinen genutzt. Diese landen normalerweise nicht, sondern setzen kurz auf und starten wieder durch. Es werden keine militärische Übungen durchgeführt und es finde ebenso wenig ein Material- und Personentransport statt.

Des Weiteren entstehe durch diese Übungen auch keine Lärmbelastung für die halleschen Bürger und Beschwerden darüber habe es auch zu keinem Zeitpunkt gegeben. Im Jahr 2009 haben lediglich 3 Transall-Maschinen auf dem Flugplatz aufgesetzt. Dabei handele es sich um eine Propellermaschine, die verhältnismäßig leise wäre. Die Genehmigung zum Aufsetzen auf den Flugplatz beziehe sich ausschließlich auf diesen Flugzeugtyp.

In Anbetracht dessen wäre die Bevölkerung der Stadt Halle und somit auch der Stadtrat bei dem Geschehen auf dem Flugplatz Oppin nicht tangiert.

Insofern habe der Antrag in dieser Form und mit dieser Zielstellung keine Grundlage und sei vom Ansatz her nicht zutreffend.

Abschließend informierte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack**, dass es von dem zweiten Gesellschafter eine ziemlich gleich lautende Antwort gebe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stimmte den Ausführungen von Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack zu und fügte hinzu, dass bei Aufrechterhaltung des Antrages die Verwaltung für die Stadtratssitzung die Ablehnung des Antrages vorschlagen werde. Schließlich sei Flugplatz Oppin eine GmbH und müsse von ihrem Gesellschaftszweck her die Möglichkeit haben, Einnahmen erzielen zu können, wie auch durch das Aufsetzen der Transall-Maschinen für Ausbildungszwecke.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, dass sie ihren Antrag aufrecht erhalte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung des Antrages.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, sich in der Gesellschafterversammlung der Flugplatzgesellschaft Halle-Oppin GmbH für die Absetzung der Übungsflüge der Bundeswehr auf dem Flugplatz einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

3 Ja-Stimmen

8 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, im Anschluss an die Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm II zukünftig auch den Stand anderer Förderprojekte, wie z. B. die Schwimmhalle Robert-Koch-Straße, nach dem gleichen Muster darzustellen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte, weshalb sich die fachliche Verantwortlichkeit in der Verwaltung des Vorhabens „Oper, Sanierung Schlosserei“ geändert habe.

Daraufhin entgegnete **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass die Zuständigkeit verwaltungsintern sei und bat Herrn Beigeordneten Geier darum, diese Spalte zukünftig nicht mehr auszuweisen, weil es sonst zu Irritationen käme.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Information zur weiteren Verfahrensweise mit dem Antrag zur Aufhebung des Beschlusses „Außerdienststellung Friedhof Halle-Neustadt“

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bezog sich auf die schriftliche Information von Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack zum Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider zur Aufhebung des Beschlusses „Außerdienststellung Friedhof Halle-Neustadt“. Seitens der Verwaltung wäre es zielführend, vor Einbringung des Antrages in die Ausschüsse gemeinsam mit den Fraktionen darüber zu beraten.

Das Einverständnis der Fraktionen vorausgesetzt, würde die Verwaltung zu einem Meinungsaustausch einladen und erst danach den Antrag in den entsprechenden Ausschüssen auf die Tagesordnung nehmen.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack begründete seinen Vorschlag entsprechend der schriftlichen Information und erklärte nochmals den Verfahrensverlauf und ging auf die langwierigen Diskussionen ein, die letztendlich zu dem Stadtratsbeschluss geführt haben.

Es bestünde unter zeitlichen Gesichtspunkten absolut kein akuter Handlungsbedarf, da bis zum Jahr 2018 alle Bestattungsformen weiterhin möglich seien. Bisher habe man lediglich zwei Sonderfälle gehabt, bei denen aber eine einvernehmliche Regelung gefunden wurde. Darüber hinaus bestünde die Möglichkeit, bei Bedarf im Jahr 2018 einen anders lautenden Stadtratsbeschluss zu fassen.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich **Herr Krause, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**. Im Ergebnis dessen wurde sich darauf verständigt, ein gemeinsames Vorgespräch mit den Fraktionen durchzuführen, bei dem alle offenen Fragen besprochen werden können. Danach werde der Antrag in den Ausschüssen voraussichtlich im April auf die Tagesordnung kommen.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Mitteilung zum kommunalen Teilentschuldungsprogramm STARK II

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bezog sich auf das kommunale Teilentschuldungsprogramm STARK II und erläuterte die Vorteile dieses Programmes. Die Verwaltung werde dahin gehend voraussichtlich im April eine Beschlussvorlage in den Stadtrat einbringen, in der die erforderlichen Informationen für die Stadträte aufgeführt werden.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., wies auf mögliche Komplikationen für die Kommunen hin, die sich aus diesem Programm ergeben. Beispielsweise dürfe man sich im Investitionshaushalt nicht mehr verschulden. Er bat darum, den Fraktionen die Rechtsmaterie nachvollziehbar darzustellen, um eine Entscheidung treffen zu können.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fügte hinzu, dass in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften Herr Beigeordneter Geier eine Aufstellung der Vor- und Nachteile des Teilentschuldungsprogrammes für die nächste Sitzung zugesagt habe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte in Bezug auf die Aussagen von Herrn Lange eine Prüfung zu. Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim könne in der März-sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften ohne Einhaltung der üblichen Formalien eine erste Information darüber erfolgen. In der Aprilsitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften könne dann regulär darüber beraten werden.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

weitere Mitteilungen:

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bezog sich auf die Anfrage von Herrn Wolter aus der letzten Hauptausschusssitzung am 20.01.2010, ob die Stadt Halle die Rechte an Luftbilddaufnahmen verkauft habe bzw. verkaufen wolle. Sie teilte mit, dass es bis zum Jahr 1990 eine Genehmigungspflicht für Luftbilddaufnahmen gegeben habe. Dies wurde dann allerdings abgeschafft, so dass die Stadt Halle keine Hoheit über Luftbilddaufnahmen habe und somit nicht verkaufen könne und wolle.

Entsprechend des Strafgesetzbuches, so **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** weiter, dürfe man lediglich keine militärischen Anlagen und Einrichtungen fotografieren und entsprechend des BGB müsse bei Fotoaufnahmen die Privatsphäre gewahrt bleiben.

Entsprechend einer weiteren Anfrage von Herrn Wolter aus der letzten Hauptausschusssitzung am 20.01.2010 zu den Rauchverbotsschildern im Stadthaus teilte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** mit, dass diese bis zur kommenden Stadtratssitzung am 24.02.2010 durch neue kleinere Schilder ersetzt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte weiterhin mit, dass in Bezug auf die Fraktionsfinanzierung von der Fraktion DIE LINKE. noch eine Zuarbeit hinsichtlich der zukünftigen Verfahrensweise bei den Eingruppierungen fehle.

Nach einer kurzen Diskussion zwischen **Herrn Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, und der **Verwaltung** wurde sich darauf verständigt, mit den Fraktionen einen Gesprächstermin zu vereinbaren und die zukünftige Verfahrensweise nachvollziehbar und transparent darzustellen.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Bartl, CDU-Fraktion, bezog sich auf die Abstimmung der Tagesordnung für die Stadtratssitzungen. Diese werde im Einvernehmen zwischen ihm als Stadtratsvorsitzender und der Oberbürgermeisterin aufgestellt. Nach § 6 der Geschäftsordnung der Stadt Halle können die Fraktionen und Stadträte grundsätzlich alles anfragen und beantragen. Dagegen stünde aber auch die Frage der Zuständigkeit. Diese werde von ihm gemäß Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt überprüft. Sollte sich herausstellen, dass der Stadtrat nicht zuständig sei, wäre der Antrag bzw. die Anfrage nicht zulässig.

Für ihn sei jetzt die Frage, inwieweit der Stadtrat in das Verwaltungshandeln eingreifen könne. Es solle ein gewisser Konsens zwischen Fraktionen, Stadträte und Verwaltung bei der Zulässigkeit von Anträgen und Anfragen bestehen.

Infolge dessen bat **Herr Bartl** um eine Gesprächsrunde mit den Fraktionsvorsitzenden und der Verwaltung, um hier eine einvernehmliche Klärung herbeizuführen.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich **Herr Lange, Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Bartl, Herr Kley, Herr Krause** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Im Ergebnis dessen wurde sich auf den Vorschlag von Herrn Bartl, darüber in der Fraktionsvorsitzendenrunde zu beraten, verständigt. Dort können die aufgeworfenen Fragen der Hauptausschussmitglieder diskutiert werden. Bis dahin werde das Rechtsamt Stellung dazu nehmen, inwieweit die Gemeindeordnung das Einvernehmen zur Aufstellung der Tagesordnung zwischen Oberbürgermeister und Stadtratsvorsitzenden regelt.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, äußerte sich zu dem Vorstellungsverfahren der Schulen im Amtsblatt und brachte zum Ausdruck, dass sie über diese Vorgehensweise sehr verärgert sei. Es wurden bis zum 10.02.2010 alle Schulen vorgestellt bis auf die Sekundarschulen, die ohnehin keinen guten Stand in der Stadt Halle haben. Diese wurden durch die Verwaltung aufgrund eines Protestes kurzfristig darum gebeten, sich ebenfalls mit 800 Zeichen vorstellen zu können. Daraufhin haben zwei Sekundarschulen reagiert, die dann allerdings nicht im Amtsblatt vorgestellt wurden. Abgesehen davon wäre die Veröffentlichung der Sekundarschulen zu spät erfolgt, da das Bewerbungsverfahren am 17.02.2010 endet.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass ihr die Sekundarschulen äußerst wichtig seien. Ihre Intention war es, bei der Vorstellung der Schulen mit den Sekundarschulen zu beginnen. Daraufhin wurde ihr mitgeteilt, dass im Bildungsausschuss eine andere Reihenfolge besprochen wurde.

Herr Drenkelfuß, Pressesprecher, erläuterte die Gründe, weshalb die Sekundarschulen bisher nicht vorgestellt werden konnten. Er sei auf die Informationen und Zusarbeiten des zuständigen Dezernates angewiesen. Danach sollte mit den Gymnasien begonnen werden. Diese Serie könne nicht unterbrochen werden. Vom Dezernat Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung kam eine kurzfristige Information, die Sekundarschulen in die Serie aufzunehmen. Die kleinen Artikel der beiden Sekundarschulen seien für eine Serie wiederum nicht ausreichend gewesen.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden und bat um eine schriftliche Stellungnahme. Weiterhin fragte sie, weshalb den Sekundarschulen zugesagt wurde, dass sie bei rechtzeitiger Abgabe im nächsten Amtsblatt vorgestellt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stellte klar, dass die Mitarbeiter des Amtsblattes für die inhaltlichen Dinge im Amtsblatt nicht verantwortlich gemacht werden können. Sie werde nunmehr dafür sorgen, dass die Sekundarschulen baldmöglichst - spätestens im Amtsblatt am 03.03.2010 - vorgestellt werden.

Herr Krause, SPD-Fraktion, fragte nach konkreten Informationen hinsichtlich der Ankündigung der Bundesregierung, die Kommunen bei Straßenschäden infolge der Witterungsbedingungen finanziell zu unterstützen.

Herr Bürgermeisterin Dr. Pohlack antwortete, dass der Verwaltung bisher keine konkreten Informationen bekannt seien, aber baldmöglichst eine Information in den Ausschüssen erfolgen werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, sich beim Verkehrsministerium dahin gehend zu erkundigen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, entschuldigte sich anfangs bei der Verwaltung für die in der letzten Hauptausschusssitzung am 20.01.2010 geäußerte Kritik hinsichtlich der Beschlusskontrolle. Dies sei ein Missverständnis gewesen.

Darüber hinaus fragte **Herr Wolter** nach der nächsten Sitzung des Eigenbetriebes ZentralesGebäudeManagement (EB ZGM). Es sei dringend notwendig, alsbald eine Sitzung durchzuführen und über den Wirtschaftsplan 2010 des EB ZGM zu beraten, da dieser für die Beschlussfassung des städtischen Haushaltes 2010 erforderlich wäre.

Weiterhin ging **Herr Wolter** auf den geplanten Umzug der Fraktionen in das Stadthaus ein. Nach einer Begehung stelle sich der Umzug aus Sicht seiner Fraktion als sehr problematisch dar. Seines Erachtens sollte die Verwaltung schnellstmöglich, z. B. in der Fraktionsvorsitzendenrunde und vor Beginn der Sanierungsarbeiten über ihre Vorstellungen zur Sanierung des Stadthauses berichten.

Hinsichtlich der Anfrage zur nächsten Sitzung des EB ZGM entgegnete **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass sie sich dazu mit Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack verständigen werde und danach umgehend eine Einladung zu einer Sitzung erfolge. In dieser werde zumindest darüber berichtet, inwieweit der alte Beschluss umgesetzt werden solle.

Bezüglich des Umzuges der Fraktionen teilte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** mit, dass sie versuchen werde, im Laufe der nächsten Woche die Fraktionsvorsitzenden darüber zu informieren.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach der weiteren Verfahrensweise zur Besetzung des Aufsichtsrates der EVH sowie zum Stand der Sanierung und Förderung der Integrierten Gesamtschule (IGS).

Hinsichtlich der Besetzung des Aufsichtsrates der EVH erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass die Aufsichtsratsmitglieder aus den jeweiligen Fraktionen der BeteiligungsmanagementAnstalt Halle (Saale) (BMA) zu melden seien, so dass diese eine entsprechende Vorlage für die Stadtratssitzung im März vorbereiten könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte in Bezug auf den Stand der Sanierung und Förderung der IGS zum Ausdruck, dass die Verfahrensweise des Landes nicht nachvollziehbar sei und begründete dies. Herr Beigeordneter Kogge werde diese Problematik beim Land ansprechen und versuchen, eine Klärung herbeizuführen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, merkte an, dass über diese Thematik in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften sehr ausführlich berichtet wurde.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, erklärte, dass hierbei das Problem bestand, dass diese Maßnahme zu sehr mit der Frage des städtischen Haushaltes und der Haushaltsgenehmigung verknüpft wurde. Die Förderung über das EFRE-Programm stand dabei nicht im Vordergrund.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass die Verwaltung alles versuchen werde, schnellstmöglich eine Klärung herbeizuführen und die Kosten zu optimieren, um eine Kreditaufnahme zu ermöglichen und zu verhindern, dass die Maßnahme letztendlich vielleicht aus dem EFRE-Programm fällt.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte nach dem Verhandlungsstand hinsichtlich der Kooperation zwischen der Volkshochschule des Saalekreises und der Stadt Halle. Er bat darum, dass die Verwaltung in der nächsten Sitzung des Bildungsausschusses darüber berichtet.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass die Verhandlungen sehr weit vorangeschritten seien und aller Voraussicht nach eine Zweckvereinbarung zustande kommen werde.

Sie sagte zu, das Konzept alsbald dem Bildungsausschuss vorzulegen und eine Prüfung vorzunehmen, ob im Falle einer Zweckvereinbarung ein Stadtratsbeschluss erforderlich sei.

Herr Krause, SPD-Fraktion, fragte, ob eine gemeinsame Sitzung des Kreisausschusses Saalekreis mit dem Hauptausschuss geplant sei. Informationen der Presse zufolge, komme die geplante gemeinsame Leitstelle offensichtlich doch nicht zustande. Darüber müsse man mit dem Saalekreis sprechen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte zum Ausdruck, dass bereits des Öfteren versucht wurde, einen gemeinsamen Termin der beiden Ausschüsse zu vereinbaren. Leider wurden die Terminvorschläge seitens des Saalekreises immer abgesagt. Sie sagte zu, bei der Klausur mit der Saalesparkasse am kommenden Wochenende mit Herrn Landrat Banner nochmals darüber zu beraten. Es werde allerdings schwierig werden, diese gemeinsame Leitstelle einzurichten, da dies im Gesetz nicht geregelt sei.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte zu dieser Thematik, ob die Investitionen der Stadt Halle in den vergangenen Jahren gerechtfertigt seien, wenn die Leitstelle nicht zustande komme. Weiterhin fragte er nach einer Möglichkeit, inwieweit man auf eine verbindliche Zusage des Saalekreises hinwirken könne, um die Leitstelle zu errichten. Schließlich handele es sich hierbei um Steuergelder.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, nicht alles so negativ zu sehen. Die Stadt Halle habe alles Notwendige für die Errichtung dieser gemeinsamen Leitstelle beigetragen. Es wurde ein Gutachten erstellt, woraus ersichtlich wäre, dass die Stadt Halle der günstigere Standort dafür sei. Jetzt wäre das Land in der Pflicht zu agieren.

Herr Krause, SPD-Fraktion, fragte nach den Auswirkungen für die Stadt Halle bezüglich des Urteils des Landesverfassungsgerichtes in Dessau zum Finanzausgleichsgesetz.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass sie darüber im nicht öffentlichen Teil der Sitzung informieren werde.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 10 **Anregungen**

Es gab keine Anregungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados beendete die 7. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Kerstin Godenrath
stellv. Protokollführerin